

Bericht

des Besonderen Ausschusses

zur Vorberatung des Berichtes des Österreich-Konvents, vorgelegt vom Bundeskanzler (III-136 der Beilagen)

A. Einleitung

Die Ausarbeitung der EU-Grundrechtecharta und der Europäische Konvent mit dem Ziel, einen Entwurf für eine europäische Verfassung zu erarbeiten, gaben wichtige Impulse für die Erneuerung der österreichischen Verfassungsreformdiskussion, wie dies auch in anderen europäischen Ländern, z.B. in Finnland, Deutschland und Italien, erfolgte.

Das Gründungskomitee des Österreich-Konvents konstituierte sich am 2. Mai 2003 auf Einladung und unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Wolfgang **Schüssel**. Dem Gründungskomitee gehörten neben dem Bundeskanzler Vizekanzler Mag. Herbert **Haupt**, der Präsident des Nationalrates Univ. Prof. Dr. Andreas **Khol**, der 2. Präsident des Nationalrates Univ. Prof. Dr. Heinz **Fischer**, der 3. Präsident des Nationalrates Dipl.-Ing. Thomas **Prinzhorn**, der Präsident des Bundesrates Herwig **Hösele**, der Bundesparteivorsitzende der SPÖ Dr. Alfred **Gusenbauer**, der Bundessprecher der Grünen Dr. Alexander **Van der Bellen**, Landeshauptmann DDr. Herwig **van Staa** als Vertreter der Landeshauptleutekonferenz, Landtagspräsidentin Angela **Orthner** als Vorsitzende der Konferenz der Landtagspräsidenten, Bürgermeister Dr. Michael **Häupl** als Vertreter des Österreichischen Städtebundes und Bürgermeister Helmut **Mödlhammer** als Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an. Das Gründungskomitee einigte sich auf folgende Grundsätze und Zielsetzungen des Österreich-Konvents:

„Der Konvent zur Staatsreform hat die Aufgabe, Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform auszuarbeiten, die auch Voraussetzungen für eine effizientere Verwaltung schaffen soll.

Die künftige Verfassung soll eine zukunftsorientierte, kostengünstige, transparente und bürgernahe Erfüllung der Staatsaufgaben ermöglichen.

Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche beraten werden:

- eine umfassende Analyse der Staatsaufgaben
- die Kompetenzverteilung mit dem Ziel, einen klaren, nach Aufgabenbereichen gegliederten Kompetenzkatalog zu schaffen
- das Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips
- die Struktur der staatlichen Institutionen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des effizienten Miteinsatzes, der Bürgernähe sowie der Entwicklungen des E-Government
- die Grundzüge der Finanzverfassung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung und eines bedarfsgerechten Finanzausgleichs
- die Einrichtung einer effizienten Kontrolle auf Bundes- und Landesebene und die Gestaltung des Rechtsschutzes unter dem Gesichtspunkt rascher und bürgernahe Entscheidungen.

Der Konvent soll zuletzt auch Textvorschläge für einen straffen Verfassungstext ausarbeiten.

Ziel des Konvents ist es somit einen neuen Verfassungstext zu schaffen, der in knapper, aber umfassender Form sämtliche Verfassungsbestimmungen enthält. Die Baugesetze der österreichischen Bundesverfas-

sung (also das demokratische Prinzip, das bundesstaatliche Prinzip, das rechtsstaatliche Prinzip und die republikanische Staatsform) bleiben aufrecht.“

B. Organisation und Arbeitsweise des Österreich-Konvents

Der Österreich-Konvent setzte sich zunächst aus 70, ab 1. Juli 2004 aus 71 Mitgliedern zusammen. Neben den 7 Mitgliedern des Präsidiums bildeten Regierungsmitglieder, die Präsidenten der Höchstgerichte, Vertreter der Volksanwaltschaft sowie des Rechnungshofes, Vertreter der 9 Landtage, Vertreter des Städte- wie des Gemeindebundes, Vertreter der Sozialpartner sowie insgesamt 18 Mitglieder, die von den parlamentarischen Fraktionen nominiert wurden, und 9 vom Gründungskomitee ernannte Virilistinnen und Virilisten den Österreich-Konvent. Das Präsidium setzte sich aus dem Vorsitzenden des Österreich-Konvents, dem Präsident des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler**, den zwei stellvertretenden Vorsitzenden Zweiter Präsident des Nationalrates Univ.-Prof Dr. Heinz **Fischer**, nach dessen Ausscheiden aus dem Präsidium übernahm Volksanwalt Dr. Peter **Kostelka** dessen Funktion, und Erste Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags Angela **Orthner** und weiteren Präsidiumsmitgliedern, nämlich dem Präsident des Nationalrates Univ.-Prof Dr. Andreas **Khol**, dem Bundesminister für Justiz Dr. Dieter **Böhmendorfer**, dem durch die Zurücklegung seiner Funktion der Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs-BZÖ Herbert **Scheibner** nachfolgte, der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Eva **Glawitschnig-Piesczek** und dem Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Dr. Claudia **Kahr** zusammen.

Am 30. Juni 2003 trat der Österreich-Konvent unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler** zu seiner ersten Sitzung zusammen. In insgesamt 17 Sitzungen hat dieses Gremium über Vorschläge zur Verfassungsreform beraten und sich mit den Arbeitsergebnissen der 10 Ausschüsse des Österreich-Konvents auseinandergesetzt. Die Ausschüsse, die in insgesamt 179 Sitzungen getagt haben, werden im Einzelnen samt der Kurzfassung des jeweiligen Arbeitsauftrages bzw. der Beratungsthemen angeführt:

Ausschuss 1 (Staatsaufgaben und Staatsziele)

Umfassende Analyse der Staatsaufgaben und der Frage der staatlichen Kernaufgaben; Frage eines umfassenden Kataloges von Staatszielen in der Bundesverfassung.

Ausschuss 2 (Legistische Strukturfragen)

Juristische Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Inkorporierung von Verfassungsgesetzen und Verfassungsbestimmungen in die neue Bundesverfassung (einschließlich der Vorgangsweise zur Vermeidung der zahlreichen nur in der österreichischen Verfassungspraxis bekannten „Verfassungsbestimmungen“ zur Verfassungsdurchbrechung); anschließend Klärung der Frage des juristischen Schicksals jener Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen, die nicht in die neue Bundesverfassung inkorporiert werden, sowie jener Bestimmungen des geltenden Bundes-Verfassungsgesetzes (z.B. solcher operationalen Inhalts), die nicht in die neue Bundesverfassung übernommen werden.

Ausschuss 3 (Staatliche Institutionen)

Aufbau des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Selbstverwaltung), Wahlen, Verfassungsautonomie, Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips sowie der EU-Rechtssetzung.

Ausschuss 4 (Grundrechtskatalog)

Erarbeitung eines Grundrechtskatalogs (Grundrechte, Bürgerinnen- und Bürgerrechte, Persönlichkeitsschutz) unter Bedachtnahme aller einschlägigen nationalen, internationalen und europäischen Regelungen.

Ausschuss 5 (Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden)

Schaffung eines klaren, nach abgerundeten Leistungs- und Verantwortungsbereichen gegliederten Katalogs von Gesetzgebungskompetenzen unter Berücksichtigung der Rechtslage der Europäischen Union.

Ausschuss 6 (Reform der Verwaltung)

Vollzugskompetenzen und Struktur der Organe der Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des effizienten Mitteleinsatzes, der Transparenz, der Bürgerinnen- und Bürgernähe (insbesondere Partizipation) sowie der Entwicklung des E-Government (Strukturen und Ressourcen einschließlich Personal).

Ausschuss 7 (Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen)

Regulatoren und sonstige unabhängige Behörden, Selbstverwaltung (exklusive Gemeinden), ausgegliederte Rechtsträger und sonstige Privatwirtschaftsverwaltung.

Ausschuss 8 (Demokratische Kontrollen)

Einrichtung einer effizienten und effektiven Kontrolle im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden; Rechte der Parlamente einschließlich der Minderheitsrechte (z.B. Untersuchungsausschüsse), Rechnungshöfe und Volksanwaltschaften, Frage der Amtsverschwiegenheit, Instrumente der direkten Demokratie.

Ausschuss 9 (Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit)

Einrichtung eines effizienten und effektiven Rechtsschutzes unter dem Gesichtspunkt bürgerinnen- und bürgernaher Entscheidungen: Ordentliche Gerichtsbarkeit, Gerichtshöfe öffentlichen Rechts, Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern, Sondersenate.

Ausschuss 10 (Finanzverfassung)

Reform der Finanzverfassung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung und eines bedarfsgerechten Finanzausgleichs.

Neben der Arbeit in den Ausschüssen hat der Konvent in 3 Sitzungen Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen eingeladen, ihre Vorstellungen zu einer Verfassungsreform zu präsentieren. Die Vorschläge der vertretenen Organisationen wurden in der weiteren Arbeit des Konvents berücksichtigt. Ebenso war es jeder und jedem möglich, in Form von „Positionspapieren“ Vorschläge und Eingaben an den Österreich-Konvent zu machen.

In der letzten Sitzung des Österreich-Konvents am 28. Jänner 2005 haben die Mitglieder des Konvents über den Bericht des Österreich-Konvents diskutiert. Dieser Bericht wurde vom Präsidium des Konvents vorgelegt. In ihm sind die Grundlagen des Konvents und seiner Ausschüsse sowie die Beratungsergebnisse zusammengefasst. Daran schließen die Textvorschläge, die in den Ausschüssen und im Präsidium erarbeitet wurden, der Entwurf des Präsidenten des Österreich-Konvents für eine Bundesverfassung sowie die Länderpositionen zur Kompetenzverteilung an. Der Konvent konnte jedoch keine Einigung über einen Textentwurf für eine neue Verfassung oder eine umfassende Verfassungsreform erzielen.

Alle Dokumente des Österreich-Konvents, Materialien und Literatur zur Verfassung(sreform) sowie Informationen über die Arbeit des Besonderen Ausschusses wurden von der Parlamentsdirektion als „Quellensammlung Verfassungsreform“ zusammengestellt und stehen im Internet über die Adresse www.konvent.gv.at zur Verfügung.

C. Besonderer Ausschuss zur Vorberatung des Berichts des Österreich-Konvents

Am 23. Feber 2005 wurde der Bericht des Österreich-Konvents an den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler übergeben. Bundeskanzler Dr. Wolfgang **Schüssel** hat diesen Bericht am 1. März 2005 der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht, und am 9. März 2005 an den Nationalrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung übermittelt.

Zur Vorberatung des Berichts des Österreich-Konvents wurde in der 99. Sitzung des Nationalrates vom 31. März 2005 mehrstimmig die Einsetzung eines Besonderen Ausschusses beschlossen. Die Konstituierung dieses Ausschusses erfolgte am 11. Mai 2005.

In der Sitzung des Besonderen Ausschusses am 5. Juli 2005 wurde zunächst der Beschluss gefasst, den vorliegenden Bericht gemäß § 28b des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates nicht endzuerledigen. Ferner wurde beschlossen, den weiteren Beratungen Experten beizuziehen.

Der Vorsitzende des Österreich-Konvents Präsident des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler** stand dem Besonderen Ausschuss als Experte zur Verfügung. Als Vertreter der Landeshauptleutekonferenz wurden Landeshauptmann Dr. Herbert **Sausgruber** und der jeweils in der Landeshauptleutekonferenz Vorsitz führende Landeshauptmann, nämlich Dr. Jörg **Haider**, Dr. Erwin **Pröll** und Dr. Josef **Pühringer** als Auskunftspersonen geladen. Ferner wurden als Vertreter des Städtebundes Obersenatsrat Dr. Friedrich **Slovak**, als Vertreter des Gemeindebundes Generalsekretär vortr. HR Dr. Robert **Hink** nominiert. Als weitere ständige Experten nahmen die Bundesräte Jürgen **Weiss**, Dr. Franz Eduard **Kühnel**, Karl **Boden**, Albrecht **Konecny**, Peter **Mitterer** und Stefan **Schennach** sowie der Leiter des Bundeskanzleramt-Verfassungsdienstes Univ.-Prof. Dr. Georg **Lienbacher** an den Ausschusssitzungen teil. Als Experten der Fraktionen wurden nominiert: Dr. Theo **Thanner**, Salzburg, Ass.-Prof. Dr. Klaus **Poier**, Universität Graz, der niederösterreichische Landtagsdirektor DDr. Karl **Lengheimer**, Univ.-Prof. Dr. Rudolf **Thienel**, Universität Wien, Dr. Johannes **Schnizer**, Univ.-Prof. Dr. Peter **Böhm**, Universität Wien, Univ.-Ass. Dr.

Alfred **Schramm**, Wirtschaftsuniversität Wien, Dr. Marlies **Meyer**, Mag. Thomas **Sperlich** und Mag. Bruno **Rossmann**.

Am **22. September 2005** einigte sich der Ausschuss über folgenden Arbeitsplan:

08. November 2005	Verfassungsbereinigung
17. Jänner 2006	Grundrechte, Grundrechtsschutz, Staatsziele, Präambel
14. März 2006	Verwaltungsstruktur und Landesverwaltungsgerichte
19. April 2006	Sicherheitspolitische Grundsätze
16. Mai 2006	Bundesrat, Finanzverfassung, Kompetenzverteilung, Zusammenwirken von Bund und Ländern in der Gesetzgebung
07. Juni 2006	Demokratische Kontrolle
04. Juli 2006	Schlussberatungen

Zur Vorbereitung der angeführten Sitzungen wurden jeweils Synopsen seitens der Parlamentsdirektion erstellt, die eine Übersicht über Formulierungsvorschläge der parlamentarischen Fraktionen beinhalten. Diese werden als Anlagen zum gegenständlichen Bericht dem Nationalrat zur Information vorgelegt (Anlagen 2 bis 11).

In der Sitzung am **8. November 2005** haben der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Univ.-Prof. Dr. Karl **Korinek**, Univ.-Prof. Dr. Ewald **Wiederin**, Universität Salzburg und Sektionsleiter Univ.-Prof. Dr. Georg **Lienbacher** einen Zwischenbericht zu Fragen der Verfassungsbereinigung auf der Basis der Beratungsergebnisse des Ausschusses 2 „Legistische Strukturfragen“ des Österreich-Konvents und Vorschläge zur Weiterführung dieser Arbeit vorgelegt. Diese Vorschläge befassen sich im Wesentlichen mit der Aktualisierung der Tabellen über die einzelnen Bestimmungen in Verfassungsrang bis zum 31. Dezember 2005, die Regelung von Staats- und Landesgrenzen, die Ermächtigung zur Übertragung von Hoheitsakten und der Erzeugungs- wie Abänderungsbedingungen für Staatsverträge. In der sich daran anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Eva **Glawischnig-Piesczek**, Univ.-Prof. Dr. Andreas **Khol**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Peter **Wittmann**, Herbert **Scheibner**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter** und Mag. Walter **Posch** sowie die Experten der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Univ.-Prof. Dr. Karl **Korinek**, Univ.-Prof. Dr. Peter **Böhm**, Univ.-Prof. Dr. Ewald **Wiederin**, der Präsident des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler**, Univ.-Prof. Dr. Rudolf **Thienel**, Dr. Johannes **Schnizer** und die Expertin Dr. Marlies **Meyer**. Auf Basis des Zwischenberichtes wurden die involvierten Experten mit der Fortführung der Arbeiten vom Ausschuss einstimmig beauftragt. Der entsprechende Beschluss gemäß § 40 Abs. 1 GOG-NR ist als Anlage dem gegenständlichen Bericht angeschlossen (Anlage 1). Die aktualisierte Übersicht über die einzelnen Bestimmungen in Verfassungsrang wurde dem Besonderen Ausschuss am 14. März 2006 vorgelegt. Sie kann über das Internetportal des Parlaments zur Beilagennummer des Berichts des Österreich-Konvents, nämlich III-136 d.B., abgerufen werden. Weiters steht sie auch über das Internetportal des Österreich-Konvents (www.konvent.gv.at) zur Verfügung.

In der Debatte am **17. Jänner 2006** ergriffen zum Themenbereich Grundrechte (Anlage 2), Grundrechtsschutz (Anlage 3), Staatsziele (Anlage 4) und Präambel (Anlage 5) die Abgeordneten Dr. Peter **Wittmann**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Herbert **Scheibner**, Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Barbara **Prammer**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Mag. Walter **Posch**, Mag. Heribert **Donnerbauer**, Mag. Terezija **Stoisits** und Mag. Elisabeth **Grossmann** sowie die Expertin Dr. Marlies **Meyer** und die Experten Univ.-Prof. Dr. Peter **Böhm**, Ass.-Prof. Dr. Klaus **Poier**, Univ.-Prof. Dr. Rudolf **Thienel**, Dr. Johannes **Schnizer** und Landtagsdirektor DDr. Karl **Lengheimer** das Wort.

Die Sitzung am **14. März 2006** behandelte die Themen Landesverwaltungsgerichte (Anlage 6), Legalitätsprinzip, Schulbehörden, Sicherheitsbehörden, Amtshilfe/Effizienz/Partizipation (Anlage 7). An der Debatte zum Thema Verwaltungsgerichte beteiligten sich die Abgeordneten Herbert **Scheibner**, Dr. Peter **Wittmann**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Eva **Glawischnig-Piesczek**, Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler**, Mag. Heribert **Donnerbauer**, Univ.-Prof. Dr. Andreas **Khol**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Peter **Marizzi** und Dr. Johannes **Jarolim** sowie die Experten Dr. Johannes **Schnizer**, Univ.-Prof. Dr. Georg **Lienbacher** und Ass.-Prof. Dr. Klaus **Poier**. Einvernehmlich wurde das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ersucht, auf der Grundlage der vorliegenden Vorschläge im Bereich der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit Textentwürfe zu erarbeiten und eine Neufassung des Art. 144 B-VG (Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit) zu prüfen. Dementsprechend hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst dem

Obmann des Besonderen Ausschusses am 31. Mai 2006 Textentwürfe und Fragen zur Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit 1. Instanz vorgelegt. Diese sind als Anlage 12 dem gegenständlichen Bericht angeschlossen. Im Zuge der weiteren Debatte des Besonderen Ausschusses am 14. März 2006 zu den Themen Legalitätsprinzip, Schulbehörden, Sicherheitsbehörden und Amtshilfe/Effizienz/Partizipation ergriffen die Abgeordneten Dr. Peter **Wittmann**, Herbert **Scheibner**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler**, Dr. Eva **Glawischmig-Piesczek**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Werner **Amon**, MBA, Christoph **Kainz** und Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Bundesrat Dr. Franz Eduard **Kühnel** sowie die Experten Präsident des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler**, Univ.-Prof.Dr. Rudolf **Thienel**, Dr. Johannes **Schnizer**, Ass.-Prof. Dr. Klaus **Poier**, Univ.-Prof. Dr. Georg **Lienbacher** und die Expertin Dr. Marlies **Meyer** das Wort.

Die Generaldebatte am **19. April 2006** über das Thema sicherheitspolitische Grundsätze (Anlage 8) wurde von den Abgeordneten Herbert **Scheibner**, Dr. Peter **Wittmann**, Univ.-Prof. Dr. Andreas **Khol**, Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler**, Mag. Terezija **Stoisits**, DDr. Erwin **Niederwieser** und Markus **Fauland**, dem Bundesrat Dr. Franz Eduard **Kühnel** und dem Experten Univ.-Prof. Dr. Peter **Böhm** geführt.

Die Sitzung am **16. Mai 2006** widmete sich dem Thema Bundesrat, Finanzverfassung, Kompetenzverteilung, Zusammenwirken von Bund und Ländern in der Gesetzgebung. Zum Themenbereich Kompetenzverteilung, Bundesrat, Zusammenwirken von Bund und Ländern (Anlage 9) in der Gesetzgebung ergriffen die Abgeordneten Dr. Peter **Wittmann**, Herbert **Scheibner**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Mag. Terezija **Stoisits** und Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler** sowie die Bundesräte Albrecht **Konecny**, Peter **Mitterer**, Jürgen **Weiss**, Stefan **Schennach** und die Experten Univ.-Ass.Dr. Alfred **Schramm**, Univ.-Prof.Dr. Rudolf **Thienel**, Dr. Johannes **Schnizer**, Univ.-Prof. Dr. Peter **Böhm** und Landtagsdirektor DDr. Karl **Lengheimer** das Wort. Mit dem Thema Finanzverfassung (Anlage 10) setzten sich die Abgeordneten Dr. Peter **Wittmann**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Herbert **Scheibner** und Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler** sowie die Experten Mag. Bruno **Rossmann**, Dr. Johannes **Schnizer**, der Präsident des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler** und Obersenatsrat Dr. Friedrich **Slovak** auseinander.

Der Themenbereich Demokratische Kontrolle (Anlage 11), der Kontrollrechte der Parlamente, Instrumente der direkten Demokratie, den Rechnungshof, die Volksanwaltschaft und Fragen des Auskunftsrechts bzw. der Amtsverschwiegenheit umfasst, wurde in der Sitzung am **7. Juni 2006** behandelt. An dieser Sitzung nahm auch der Präsident des Rechnungshofes Dr. Josef **Moser** als Auskunftsperson teil. Die Diskussion führten die Abgeordneten Dr. Peter **Wittmann**, Markus **Fauland**, Mag. Terezija **Stoisits**, Mag. Heribert **Donnerbauer**, Dr. Günther **Kräuter** und DDr. Erwin **Niederwieser**, der Präsident des Rechnungshofes Dr. Josef **Moser** sowie die Expertin Dr. Marlies **Meyer** und die Experten Präsident des Rechnungshofes a.D. Dr. Franz **Fiedler**, Ass.-Prof. Dr. Klaus **Poier** und Obersenatsrat Dr. Friedrich **Slovak**.

Am **4. Juli 2006** setzte der Besondere Ausschuss die Beratungen über den Themenbereich Demokratische Kontrolle fort. Ebenso hat er in dieser Sitzung Schlussberatungen durchgeführt. An dieser Sitzung nahmen die Volksanwälte Rosemarie **Bauer** und Dr. Peter **Kostelka** als Auskunftspersonen teil. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Peter **Wittmann**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Herbert **Scheibner**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Mag. Terezija **Stoisits** und DDr. Erwin **Niederwieser** sowie der Experte Univ.-Prof. Dr. Peter **Böhm**. Im Rahmen der Schlussberatungen ergriffen die Abgeordneten Herbert **Scheibner**, Dr. Peter **Wittmann**, Mag. Terezija **Stoisits**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer** und der Ausschussobmann Dr. Andreas **Khol** sowie Landeshauptmann Dr. Herbert **Sausgruber** und der Experte Dr. Johannes **Schnizer** das Wort.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Haus die Kenntnisnahme des Berichts zu empfehlen.

Als Berichterstatlerin für das Plenum wurde Abgeordnete Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Besondere Ausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle den Bericht des Österreich-Konvents, vorgelegt vom Bundeskanzler (III-136 der Beilagen), zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2006 07 04

Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer

Berichterstatterin

Dr. Andreas Khol

Obmann